

Von Christiane Kühl  
in Shanghai

ÖKONOMEN KORRIGIEREN ihre Wachstumsprognosen seit Monaten nur in eine Richtung: nach unten. Überall auf der Welt ist das so. Genauer gesagt: fast überall. Denn in China revidieren die Experten ihre Zahlen neuerdings nach oben. Die Ökonomen von UBS etwa erhöhten ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr gerade von sechs auf mindestens sieben Prozent. Ihre Kollegen von Goldman Sachs sind noch optimistischer und hieven ihre Voraussage von sechs auf 8,3 Prozent.

Einzelne Indikatoren hatten sich zuvor deutlich von ihren Tiefstständen Ende 2008 erhöht, darunter der Autoabsatz, die Stahlproduktion und der einschlägige Index für die Bauwirtschaft. Derweil explodiert die Kreditvergabe. Allein im ersten Quartal erreichten die Ausleihungen der Banken 93 Prozent der Summe, die im gesamten Jahr 2008 vergeben wurde – der Hauptgrund dafür, dass man die Wachstumsprognose erhöht habe, sagt UBS-China-Ökonomin Wang Tao. Denn dies sei „die größte Überraschung“ unter den positiven Indikatoren der ersten drei Monate des Jahres gewesen.

Andy Rothman, Ökonom des Investmenthauses CLSA in Shanghai, listet weitere Überraschungen auf: „Die Wohnungsverkäufe erholten sich schneller und stärker als erwartet, die Realeinkommen wuchsen schneller, Dienstleistungen laufen gut.“ Rothman sieht China „auf dem richtigen Weg“ und erwartet ebenfalls acht Prozent Wachstum und ein starkes Anziehen der Wirtschaft im zweiten Halbjahr. Und das alles ohne Hilfe der Exporte. Von der Außenwirtschaft erwartet Rothman in diesem Jahr „keinerlei Beitrag zum Wachstum“. China kann also offenbar auch ohne Exportboom wachsen, wenn nur die Nachfrage in der Binnenwirtschaft ordentlich anzieht.

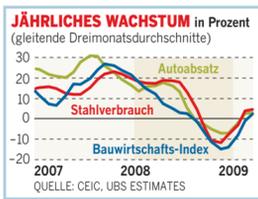
Verantwortlich machen die Fachleute zumindest teilweise das Konjunkturprogramm der Regierung. Das ist nicht nur mit umgerechnet 450 Milliarden Euro in Relation zur heimischen Wirtschaftsleistung



Bauarbeiter lesen eine Zeitung auf einer Baustelle im südwestchinesischen Chongqing. Der Sektor hat sich in den vergangenen Monaten merklich erholt – birgt aber weiterhin Risiken

# China schafft die Wende

Die Konjunktur in der Volksrepublik zieht an. Doch der Preis für den Aufschwung könnte langfristig hoch sein



größer als in den meisten Industrieländern. Es wirkt auch rascher, denn die mächtige Zentralregierung kann Beschlüsse zügiger durchdrücken, als es die Regierungen der westlichen Demokratien vermögen. Mit seiner Konjunkturpolitik, sagt UniCredit-Ökonom Andreas Rees, „hat China als erstes wichtiges Land die konjunkturelle

Wende geschafft und eine Art Blaupause für die Weltwirtschaft gezeichnet. Unseren Berechnungen zufolge hat das chinesische Wachstum gegenüber Jahresende 2008 bereits wieder spürbar zugelegt.“ Vier Jahre lang hatte Peking aus Angst vor einer Überhitzung der Wirtschaft mit Straffungsmaßnahmen – höheren Mindestreservesät-

zen für Banken, Restriktionen für Kredite und Großprojekte – versucht, die Investitionen zu begrenzen. Nun wurde der Schalter binnen kürzester Zeit umgelegt. Das Konjunkturpaket wird dominiert von Infrastrukturprojekten wie Straßen und Gaspipelines quer durchs Land, sie machen etwa drei Viertel der Gesamtausgaben aus. Bei ihnen ist der Staat Auftraggeber, die Projekte werden von Staatsfirmen umgesetzt und aus dem Haushalt oder von Staatsbanken auf Regierungsgeheiß per Kredit finanziert. Die Anlageinvestitionen lagen im März um 30 Prozent über dem Vorjahresniveau – ein deutliches Indiz dafür, dass das Konjunkturpaket zu greifen beginnt. Auf einem Kabinettsitz im April frohlockte Ministerpräsident Wen Jiabao Berichten staatlicher Medien zufolge, die Maßnahmen seiner Regierung wirkten „schneller als erwartet“. Umge-

rechnet 26 Milliarden Euro hat Peking bereits ausgegeben. Das Konjunkturpaket habe „reichlich aufgestaute Nachfrage vor allem im Transportsektor – Eisenbahnen, Landstraßen, Häfen und Flughäfen – freigesetzt“, sagt Helen Qiao von Goldman Sachs in Hongkong. Projektvorschläge für mehr als zwei Billionen Euro haben die Provinzen eingereicht. Allein die Provinz Hubei will Geld für 18 000 Projekte. Die Innere Mongolei möchte Kapital für 6000 Kilometer Eisenbahn, Fujian eine Seebücke zwischen den Hafenzentren Xiamen und Zhangzhou.

Aber wie die Provinzen mit den ihnen gewährten Geldern dann umgehen, ist ungewiss. „Das Problem ist die Disziplin in den Provinzen; die scheren sich nicht um Überkapazitäten“, warnt ein westlicher Industriemanager in Peking. China ist schon jetzt voll von sogenannten „schnellen Elefanten: Projekten, die

zwar Prestige und kurzfristige Jobs brachten, die aber keiner braucht – überflüssige Industrieparks etwa, Wüstenautostraßen oder überdimensionierte Regierungsgebäude. Peking gelobt nun, dass vorwiegend die ländliche Verkehrsinfrastruktur gestärkt werden soll. Da gibt es Bedarf, viele Dörfer abseits der Küsten haben nicht einmal Straßen zum nächsten Marktflecken.

Rein durch Staatsaktivitäten generiertes Wachstum aber birgt noch andere Gefahren für China, warnt UBS-Ökonomin Wang: Sobald das Konjunkturprogramm ausläuft, könnte die chinesische Wirtschaft wieder erlahmen. Peking bemüht sich daher parallel darum, die private Konsumnachfrage anzukurbeln. In den nächsten drei Jahren investiert die Regierung 93 Milliarden Euro in das Gesundheitssystem. Bis übernächstes Jahr sollen beispielsweise Tausende Dorfklinnen gebaut werden und 90 Prozent aller Menschen auf dem Land Krankenversicherung sein. Denn viele Chinesen sparen heute für den Krankheitsfall – und so bleibt ihnen weniger Geld für den Konsum.

Kurzfristiger Erfolg erhofft Peking sich zudem von direkten Konsumanreizen: Seit Februar bekommen Bauern und Kleinstädter auf den Kauf von Haushaltsgeräten vom Fernseher bis zum Kühlschrank bis zu 13 Prozent Subventionen. Es half: Der Einzelhandel blieb mit einer Zuwachsrate von 16 Prozent Wachstum im ersten Quartal robust. Außerdem senkte Peking die Kaufsteuer für kleinere Autos mit weniger als 1,6 Liter Hubraum von zehn auf fünf Prozent – und löste damit im März einen Miniboom aus. Auf der gerade zu Ende gegangenen Shanghaier Automesse drängten sich die Besucher, als gäbe es gar keine Krise.

Probleme gibt es vor allem in den Firmenbilanzen. Margen schrumpfen, Profite brechen ein. Gewinne großer und mittlerer Industrieunternehmen lagen im Januar und Februar laut CLSA-Ökonom Rothman 37 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Den Banken drohen durch die Kreditexplosion mittelfristig wieder neue faule Kredite. Und viele Immobilienentwickler mit Leerständen entkamen nur der Insolvenz, weil Banken ihnen Kredite stundeten.

Überhaupt ist die Wiederbelebung des Immobiliensektors schwierig, allen ersten Hoffnungen schimmern zum Trotz. Andy Xie, ein Ökonom aus Shanghai, rechnet damit, dass der schon vor einem Jahr eingebrochene Schlüsselsektor noch zwei bis drei Jahre schwächeln wird. „Die Quadratmeterpreise entsprechen vielerorts drei Monatsgehältern oder mehr“, so Xie. „Zugleich haben wir einen massiven Überhang an Wohnungen. Das passt einfach nicht zusammen.“

ANZEIGE

Diese Woche in der besten HÖRZU aller Zeiten:  
So essen Sie richtig,  
so bleiben Sie gesund.

Neu und jetzt  
jede Woche in  
HÖRZU:

Großer Wissensteil  
Vom Antarktis-  
Report bis zur  
„Geheimakte Vatikan“

Prominente Autoren  
Iris Berben, Mario Adorf,  
Guido Knopp u. v. m.  
schreiben in HÖRZU

Kinderprogramm  
Die besten  
Kindersendungen für jedes  
Alter im großen Überblick



Die neue neue HÖRZU. Jetzt testen!

## Australiens Angst um seine Rohstoffe

Das Land fürchtet den Ausverkauf an chinesische Konzerne

Von Barbara Bierach  
in Sydney

WAYNE SWAN IST EIN beschäftigter Mann. Australiens Finanzminister kämpft nicht nur mit den Auswirkungen der globalen Finanzkrise, sondern muss sich auch chinesischer Investoren erwehren. Staatliche Minenkonzerne aus der Volksrepublik versuchen seit Monaten, große australische Bergbaugesellschaften zu übernehmen – und mit ihnen die gigantischen Rohstoffvorkommen des Landes. Vielen Australiern ist das unheimlich. Sie fürchten den Ausverkauf ihrer Bodenschätze an chinesische Großkonzerne, die fest in staatlicher Hand sind. Zudem sehen sie die Gefahr, dass die Chinesen starken Einfluss auf die Preise bekommen, wenn sie nicht mehr nur Abnehmer der Ressourcen sind.

Die australische Regierung würde solche Übernahmen am liebsten einfach untersagen. Klare Worte jedoch würden Peking brüskieren und könnten Probleme nach sich ziehen – schließlich ist China der wichtigste Handelspartner. Entsprechend schmal ist der Spielraum zwischen Umarmung und Ablehnung des großen Nachbarn. Nach australischem Recht müssen Auslandsinvestoren die Erlaubnis der Regierung einholen, wenn sie mehr als 15 Prozent an einem Unternehmen kaufen wollen, das mehr als 100 Millionen australische Dollar (rund 54 Millionen Euro) wert ist. Das Foreign Investment Review Board berät Finanzminister Wayne Swan, der 30 Tage Zeit für eine Ablehnung hat. Alternativ kann er eine Verlängerung der Frist von 90 Tagen anberaumen. Und das tut



er auch zurzeit mit allen größeren Investitionsanträgen aus China.

Angefangen hat alles im Februar, als die staatseigene chinesische Minengesellschaft Chinalco sich mit dem US-Aluminiumkonzern Alcoa verbündete und einen neunprozentigen Anteil am australisch-britischen Bergbaukonzern Rio Tinto übernahm. Schon damals beilegte sich Australiens Regierung, klarzumachen, dass die Prinzipien, nach denen Auslandsinvestitionen erlaubt würden, künftig ganz eng am „nationalen Interesse“ entlang definiert würden. Inzwischen liegt ein Antrag von Chinalco vor, den Anteil an Rio Tinto auf 18 Prozent aufzustocken. China bekäme damit Zugriff auf Kupfer, Eisenerz, Bauxit und Aluminium.

Mindestens zehn andere Übernahmeangebote durch chinesische Konzerne wurden jedoch seither auf Druck von Canberra zurückgezogen, überdacht oder verkleinert. Experten zufolge sind einige der Übernahme- und Beteiligungsangebote in der Öffentlichkeit nicht einmal bekannt, weil sie auf höchster Ebene und hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

Ein chinesisches Milliardenangebot für OZ Minerals – der Konzern verfügt über die zweitgrößte Zinkmine der Welt – wurde von der australischen Regierung zunächst mit der Begründung blockiert, eine der Gold- und Kupferminen liege zu dicht an einem Waffentestgelände der Armee. Nun kommt eine kleinere Lösung zustande. Der neue Vertrag schließt die fragliche Mine aus und eine Klausel ein, der zufolge die Preisgestaltung der Metalle auch künftig entlang internationaler Standards erfolgen werde. Hinter dieser Formulierung ist das Zähneknirschen der Australier zu hören: OZ Minerals ist verschuldet und braucht das Geld der Chinesen.

Mit ähnlichen Bedingungen versehen, gestattete Swan eine Investition in die australische Fortescue Metals Group. Nun gehört der drittgrößte Produzent von Eisenerz dem chinesischen Staat. Schon im Januar hatte Sinosteel die Zusage für eine Investition in den Eisenerzproduzenten Midwest bekommen. Später änderte jedoch der Verkäufer seine Meinung, und so kam es zur ersten feindlichen Übernahme durch Chinesen in Australien.

So zerstritten die australische Politik in allen anderen Themen sein mag, in der Abwehr chinesischer Direktinvestitionen in den heimischen Bergbau sind sich alle einig. Sogar der Chef der konservativen Opposition, Malcolm Turnbull, sagt: „China will so viele unserer Rohstoffvorkommen zum niedrigsten Preis kaufen wie möglich, und Chinas Ehrgeiz ist nicht immer im besten nationalen Interesse Australiens.“ Widerstand erntet er da kaum.